

Worum geht es?

Wußten Sie, daß im März 2009 bereits das **9. Betriebswirtschaftliche Symposium-Bau** in Weimar stattfand?

Es zählt sich selbst zu den "bedeutendsten Veranstaltungen rund um **Public Private Partnership (PPP)** in Deutschland."

Inhalt dieses Symposiums ist die Weiterführung der Lobbyarbeit privater Investoren für eine Übernahme gewinnversprechender Leistungen aus der Öffentlichen Hand.

Geleitet wird es von **Prof. Dr.-Ing. Dipl.-Wirtsch.-Ing. Hans Wilhelm Alfen** von der Professur für Betriebswirtschaftslehre im Bauwesen an der Bauhaus-Universität Weimar.

Vorträge und Workshops sind dabei verbrämt mit Bezeichnungen wie "Schulen für die Zukunft - Erkenntnisse bei der Umsetzung von PPP-Projekten", "Risikoadjustiertes Life-Cycle Management" und "PPP Machbarkeitsstudie für den Betrieb eines Forschungsstandortes".

Zu den **Sponsoren** gehören u. a. die **Bayern LB** (erhielt bisher 15 Mrd. € Kreditgarantien vom Steuerzahler) und die **Commerzbank** (erhielt bisher 15 Mrd. € Kreditgarantien sowie rund 18 Mrd. € Eigenkapital vom Steuerzahler).²⁾



PPP – Wofür steht das?

Public Private Partnership – dt. ÖPP: Öffentlich-Private Partnerschaft – ist der Einsatz privaten Kapitals (+ Fachwissen + Personal + Betriebsmittel) zur Erfüllung staatlicher Aufgaben. Der Begriff **PPP** wurde erstmals 2003 in Großbritannien eingeführt.

PPP geht mit einer Teilprivatisierung öffentlicher Aufgaben einher. Dabei handelt es sich um verschiedene Arten des Zusammenwirkens öffentlicher Hoheitsträger mit der Privatwirtschaft.

Geworben wird mit Effizienz- und Zeitgewinnen, weil die Partner ihre unterschiedlichen Stärken einsetzen könnten. Die öffentlichen Haushalte würden durch die Privatwirtschaft entlastet, da der private Unternehmer die gesamte Finanzierung des Projektes selbst besorgt. Ein Vorzieheffekt bei PPP-Investitionen kann insofern eintreten, als die sonst oft langwierige Haushaltsplanung für eine eigene Kreditaufnahme entfällt.

Im Gegensatz zu einer reinen materiellen Privatisierung (z. B. der Post) spricht man bei **PPP** von einer formellen (funktionalen) Privatisierung, d. h. die Öffentliche Hand bedient sich einer privatrechtlichen Gesellschaftsform. Die hoheitliche Erfüllungsverantwortung (z. B. für Schulen) bleibt also unangetastet.

Formen des PPP sind das **Kooperationsmodell** (öffentlicher und privater Anteilseigner), **Betreibermodell** (Bewirtschaftung eines Infrastrukturprojekts auf Konzessionsbasis) und dessen Variante des **Betriebsführungsmodells** (hier bleibt die Öffentliche Hand selbst Eigentümerin), **Betriebsüberlassungsmodell** (Zwischenform der beiden vorgenannten Modelle) und das **BOT-Modell** (Build – Operate – Transfer).

Warum wir PPP kritisieren:

PPP ist die Kommerzialisierung der öffentlichen Daseinsfürsorge. Die Bedürfnisse und Interessen der Allgemeinheit werden zugunsten des Gewinnstrebens einer Minderheit geopfert.

- **Fehlende Transparenz:** Gemäß Grundgesetz geht jede Staatsgewalt vom Volke aus. Sind aber öffentliche Ressourcen in einem gemischt-wirtschaftlichen Unternehmen gebunden, hat die Öffentlichkeit keinen vollständigen Einfluß mehr auf Entscheidungsfindungen! Entscheidungen treffen dann überwiegend nicht demokratisch Legitimierte. Dies führt zur latenten Gefahr, öffentliche Mittel nicht für das Gemeinwohl zu verwenden, sondern zugunsten des privaten Investors.
- **Verdeckte Verschuldung** durch Schattenhaushalte. PPP suggeriert billige Lösungen, führt aber langfristig zu einer stärkeren Belastung der Haushalte.
- Die Risiken (Überschuldung, Insolvenzen) gehen zulasten der Öffentlichen Hand.
- Hohe **Zusatzaufwände** (Anwalts- und Beraterkanzleien) für die Vertragswerke.
- Private erwarten eine hohe **Rendite** – die Öffentliche Hand dagegen muß lediglich kostendeckend arbeiten.
- Gefahr von **Lohndumping** und Auftragsverlusten für lokale Mittelstandsbetriebe.
- Es gibt bereits zahlreiche **Negativbeispiele** ("Toll Collect", Kölner Messehallen, ...). Positivbeispiele sind dagegen nicht bekannt!

Die öffentliche Daseinsfürsorge (Bildung, Gesundheit, Kultur, Energie, Wasser etc.) **ist keine Ware!** Gewinne dürfen nicht privatisiert und Verluste auf die Allgemeinheit umgelegt werden.

Alfen Consult – Wer oder was ist?

„Hans Wilhelm Alfen firmiert mit dem Zusatz »Bauhaus-Universität Weimar« neben Price Waterhouse Coopers und Freshfields als Mitverfasser des 2003 von der Bundesregierung veröffentlichten Gutachtens »PPP/ÖPP im öffentlichen Hochbau«. 2004 gründete der Lehrstuhlinhaber das private Unternehmen Alfen Consult GmbH. Einmal als staatlicher Beamter und ein andermal als privater Unternehmer übernimmt er PPP-Aufträge von Unternehmen, Unternehmerverbänden, Bundes- und Landesministerien sowie von Städten: Der Baukonzern Hochtief und das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung finanzieren für die »Forschungsinitiative Zukunft Bau« Alfens Forschungsprojekt »Lebenszyklusorientiertes Management Hochschulliegenschaften«, in dem PPP-Modellstrukturen entwickelt werden sollen; Hochschulen aus sieben Bundesländern sind einbezogen. Im Auftrag des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie kam er zum gewünschten Ergebnis, dass zur Finanzierung des gesamten Straßensystems der Umstieg auf die PKW-Maut nötig sei. Für die Privatisierungsagentur g.e.b.b. konzipierte er das erste PPP-Projekt der Bundeswehr (Fürst Wrede-Kaserne, München). (...). Er gutachtete für die beiden PPP-Tunnels in Rostock und Lübeck (...). Alfen ist Mitglied zahlreicher PPP-Gremien, z. B. des Expertenbeirats der PPP-Initiative des NRW-Finanzministers (...). Er gibt die 2006 gegründete Zeitschrift European Public Private Partnership Law heraus. Lehrstuhlinhaber Alfen macht (...) private Neben-Geschäfte über ein eigenes Privatunternehmen. (...) Die Tätigkeit als Hochschullehrer hat zugleich die Funktion der Geschäftsfelderschließung und Auftragsacquire.

Je mehr er den Staat, der ihn als Beamten mit Gehalt und Pension absichert, schlecht macht, desto höher ist seine Rendite als Unternehmer. Vom öffentlichen Dienst privilegiert und bezahlt, arbeitet er parasitär und profitabel an dessen Abschaffung. (...).“³⁾

Die Alfen Consult GmbH sitzt in der Lisztstraße 4 in Weimar.

Was können wir tun?

Wir Bürger sind nicht schutzlos diesen Privatisierungsideologen ausgeliefert:

In Weimar beispielsweise verhinderten im Jahre 2007 engagierte Menschen den Verkauf der *Weimarer Wohnstättengesellschaft* (WWS).

Die von Attac-Mitgliedern mitinitiierte Bürgerbewegung „**Pro Wohnstätte**“ erzeugte eine breite öffentliche Debatte. Demonstrationen, Flugblätter, Pressekonferenzen und die Vorbereitungen zu einem Bürgerbegehren entfalteten starken basisdemokratischen Druck. Befürchtet wurden Lohndumping, Auftragsverluste für das regionale Handwerk, Transparenzverlust und mehr.

Am 19. 9. 2007 stimmte eine bunte Stadtratsmehrheit aus DIE LINKE, Bündnis90/ Die Grünen, SPD und vier couragierten CDU-Stadträten **gegen die Privatisierungspläne!**

Quellen:

Werner Rügemer: Privatisierung in Deutschland – Eine Bilanz (ISBN 3-89691-630-0)

Werner Rügemer: »Heuschrecken« im öffentlichen Raum – Public Private Partnership (ISBN 3-89942-815-3)

³⁾ Ebd. – mit freundlicher Genehmigung des Autors; Hervorhebungen von Attac Thüringen

www.alfen-consult.de
www.symposium-bau.de

¹⁾ Ebd. – Bildschirmabzug des Tagungsprogramms, S. 2

²⁾ www.manager-magazin.de/fotostrecke/fotostrecke-39742.html

TA und TLZ vom 13. 7. 2007

Freie Online-Enzyklopädie Wikipedia

www.attac.de, www.attac-thueringen.de

V.i.S.d.P.: Attac Thüringen, Schönblick 8, 07768 Kahla – attac-thueringen@web.de



Attac Thüringen gegen PPP



Public Private Partnership
Pleiten Pech Pannen
Private Profite Planen